



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Grünes Licht für Endesa-Übernahme durch E.ON*

Nach einem zwölfstündigen Verhandlungsmarathon hat die nationale Energiekommission CNE letzte



Woche das Übernahmeangebot der E.ON für den spanischen Stromriesen Endesa für zulässig erklärt.

Allerdings stellte das neunköpfige Gremium 19 Konditionen, die E.ON erfüllen muss, um den Deal perfekt zu machen. Die Alternativen, das Angebot der E.ON ganz abzulehnen oder ohne Einschränkung zu autorisieren, waren nach zwei Abstimmungen ausgeschlossen worden. Im Vorfeld war lange mit einem Ablehnungsbescheid der CNE gerechnet worden, da die spanische Regierung mit allen Mitteln versuchte, den Einstieg der E.ON zu verhindern. Stattdessen protegierte die Regierung Zapatero das Angebot der katalanischen Gas Natural für Endesa, um die Kontrolle des wichtigen Energiesektors in spanischer Hand zu behalten und gleichzeitig die Interessen ihrer katalanischen Partner zu befriedigen. Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, hatte die Regierung auch nicht davor zurück geschreckt, von staatlicher Seite offen in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu intervenieren und

bewerb zu intervenieren und die Kompetenzen der CNE so auszuweiten, dass sie die Fusion von E.ON und Endesa verhindern könnte. Daraufhin hatte die EU-Kommission ein Verfahren wegen Verletzung des europäischen Wettbewerbsrechts eingeleitet und der spanischen Regierung klar signalisiert, dass sie einen solchen Bruch der EU-Regelungen keinesfalls tolerieren würde. Vor diesem Hintergrund schien das von der Zapatero-Regierung angestrebte Veto des E.ON-Angebots nicht mehr durchsetzbar.

Nach spanischen Zeitungsberichten war in den letzten Tagen hinter den Kulissen verhandelt worden, welche Bedingungen E.ON auferlegt werden könnten. Angeblich sollen dabei auch die deutsche und die spanische Regierung direkt beteiligt gewesen sein. Die Bedingungen sind hart; u.a. muss E.ON einen Teil der Infrastruktur von Endesa verkaufen und auf die direkte Kontrolle der Kernkraftwerke verzichten. E.ON würde so rund 30 Prozent des Marktanteils von Endesa in Spanien und 15 Prozent weltweit verlieren. Diese Konditionen werden nun bei E.ON eingehend geprüft.

In einer ersten Stellungnahme wies

der Konzern die derzeit bekannten Bedingungen allesamt als unge-rechtfertigt zurück. Man warte aber noch auf die schriftliche Übermittlung der Konditionen; jedenfalls behalte man sich rechtliche Schritte gegen die erheblichen Einschnitte vor. Auch die EU-Kommission wird das Urteil der CNE genauestens unter die Lupe nehmen und untersuchen, ob die Konditionen gegen europäisches Wettbewerbsrecht verstoßen.

Die oppositionelle Volkspartei wirft der Regierung Zapatero in diesem Zusammenhang "lächerliches und interventionistisches Verhalten" vor. Die Regierung habe Endesa aus politischen Gründen um jeden Preis an Gas Natural schieben wollen und dabei EU-Regelungen verletzt, erklärte ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Miguel Arias Cañete (Foto). Der stellvertretende Fraktionssprecher im spanischen Parlament, Vicente Martínez Pujalte, kritisierte insbesondere die Politisierung der Nationalen Energiekommission, die eigentlich ein unabhängiger Prüfungsausschuss sein sollte.



Anstatt aus politischen Gründen in wirtschaftliche Prozesse zu intervenieren, solle die Regierung lieber die Mechanismen des freien Markts funktionieren lassen und dafür sorgen, dass solche Entscheidungen von den Investoren und einem unabhängigen Prüforgan getroffen werden könnten. Ob die Bedingungen der CNE der Prüfung der EU-Kommission standhalten werden, ist derzeit noch nicht ab-

sehbar. Wenn ja, könnte das als Punktsieg der Regierung Zapatero gelten. Eine nicht genannte Quelle aus der Regierung erklärte zu dem Gutachten der CNE: "E.ON wollte 100 Prozent, jetzt bekommen sie 60." Die konservative Tageszeitung *El Mundo* beurteilte die Sachlage dagegen völlig anders. Der Titel eines Kommentars lautete: "Der Markt triumphiert, die Regierung wirft das Handtuch." Auch wenn der Weg für den Einstieg der E.ON bei Endesa vermeintlich frei ist, wird über die endgültigen Konditionen weiter zu streiten sein.

>> "Gesetz zur Historischen Erinnerung" entschärft

Nach heftigen Kritikstürmen von der oppositionellen Volkspartei, aber auch von Intellektuellen und Historikern hat die spanische Regierung das Gesetzesvorhaben zum Umgang mit dem spanischen Bürgerkrieg und der anschließenden Franco-Diktator entschärft. Kritiker hatten der Regierung Zapatero, welche sich immer wieder auf die Traditionen der durch den Francoputsch beendeten II. Republik beruft, vorgeworfen, ihr ginge es um eine Revision und Neuschreibung der spanischen Geschichte. Gerade die Konservativen wollen eine einseitige Verurteilung des Franco-Regimes bei gleichzeitiger Glorifizierung der II. Republik aber nicht hinnehmen. Der letzte Woche vom Kabinett verabschiedete Entwurf trug diesen Bedenken in weiten

Teilen Rechnung, was schon im etwas sperrigen Titel zum Ausdruck kommt. So soll das Gesetz nicht mehr wie ursprünglich geplant "Gesetz zur historischen Erinnerung" lauten, sondern trägt jetzt den Namen "Gesetz zur Anerkennung und Ausweitung der Rechte sowie zur Ergreifung von Maßnahmen für diejenigen, welche Verfolgung und Gewalt während des Bürgerkriegs und der Diktatur erlitten". Rund 69 Mio. Euro sollen bereitgestellt werden, rund 20 Mio. davon als Entschädigungszahlungen und Renten für Opfer und Hinterbliebene. Eine pauschale Annullierung von Gerichtsurteilen aus dem Krieg und der Diktatur soll es, anders als von den Linksparteien gefordert, zwar nicht geben, doch soll vom spanischen Parlament ein Rat eingerichtet werden, bei dem Opfer und Hinterbliebene die Wiederherstellung der Ehrenrechte beantragen können. Mittels einer öffentlichen Erklärung, in der bestätigt wird, dass die Betroffenen ohne rechtsstaatliche Garantien zu Unrecht verurteilt wurden, soll das Andenken der Opfer rehabilitiert werden. Diese Regelungen sollen für die Opfer beider Seiten gelten; denn im Krieg wurden auch auf republikanischer Seite Unrechtsurteile gefällt. Das Gesetz sieht weiterhin vor, dass an allen öffentlichen Gebäuden und Monumenten Plaketten und Wappen entfernt werden, die jeweils



nur einer Seite der Bürgerkriegsparteien gedenken. Besonders erwähnt wird das

„Valle de los Caídos“ – das Tal der Gefallenen (Foto). Der Bau der Grabstätte für den ehemaligen Diktator Franco und seine Getreuen, der viele republikanische Kriegsgefangene das Leben kostete, ist bis heute eine Kultstätte der Franco-Anhänger. Die bislang jährlich am Todestag Francos stattfindenden Kundgebungen sollen dort künftig verboten werden. Zudem soll ein zusätzliches Denkmal entstehen, das den Opfern beider Seiten Rechnung trägt. Auf einer Pressekonferenz betonte die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega (Foto) den objektiven Charakter des Gesetzes. Die Regierung wolle nicht die Geschichte umschreiben oder neu interpretieren, versicherte Zapateros Stellvertreterin. Dennoch bleibt abzuwarten, welchen Gang das Gesetzeswerk im parlamentarischen Verfahren nehmen wird. Die konservative Volkspartei bleibt weiter misstrauisch und fürchtet eine einseitige Parteiergreifung für die II. Republik und ihre Verteidiger, während die Linksparteien den Entwurf als "mutlos" bezeichnen.



tende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega (Foto) den objektiven Charakter des Gesetzes.

>> **Spanisch-israelische Beziehungen belastet**

Die wiederholte scharfe Kritik von spanischen Regierungspolitikern an Israel hat zu einer Belastung des bilateralen Verhältnisses geführt. PSOE-Organisationssekretär José Blanco präsentierte letzte Woche

die Haltung seiner Partei im Nahost-Konflikt, wobei er sowohl die terroristischen Provokationen der Hisbollah verurteilte als auch die israelischen Bombardements im Libanon, die er für eine unangemessene Reaktion hält. Er warf Is-



rael zudem vor, mit Absicht Zivilisten zu opfern. Victor Harel (Foto), israelischer Botschafter in Spanien, wies diesen

Vorwurf als Verleumdung zurück. Im Gegensatz zur Hisbollah versuche Israel, Zivilverluste zu minimieren. Um diese „Missverständnisse“ aufzuklären, setzte sich Außenminister Miguel Angel Moratinos mit dem israelischen Botschafter Víctor Harel telefonisch in Verbindung. Dieser verlangte die Distanzierung Blancos von seinen Anschuldigungen. Blanco schwächte seine Worte in einem Gespräch mit Harel daraufhin zwar ab, wollte sich in der Sache selbst aber nicht distanzieren. Trotz "einiger Kratzer" bezeichnete Harel die bilateralen Beziehungen zunächst als intakt. Blanco setzte einen Tag später jedoch noch einmal nach, indem er in Frage stellte, ob es sich bei der Bombardierung des UNO-Stützpunktes tatsächlich um einen Kollateralschaden oder um ein wohl ausgesuchtes Ziel handle. Die israelische Botschaft legte abermals Protest ein.

Die spanische Oppositionspartei PP bezeichnete Blanco nach den Vorfällen als äußerst „ungeschickt“ und wirft ihm vor, die Interessen Spaniens zu gefährden, um mit anti-

semitischen



Ressentiments Wählerstimmen zu gewinnen. PP-Chef Mariano Rajoy (Foto) warf Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero in diesem Zusammenhang vor, sich dem einzig demokratischen Staat der Region gegenüber wie ein „Hooligan“ zu verhalten.

>> Regierung fordert Diskretion im Verhandlungsprozess mit ETA

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero erklärte, dass sich der Erfolg der Verhandlungen mit ETA erst innerhalb eines Jahres zeigen werde. Bis dahin soll weitgehend Stillschweigen über den Stand der Verhandlungen gewahrt werden.

Erst im September will die Regierung die Fraktionen im Parlament informieren und gerät damit in die Kritik der Opposition. Die PP forderte Zapatero auf, im Parlament seine Pläne zur Legalisierung Bataunas und dem Umgang mit ETA-Häftlingen offen zu legen und die gesamte spanische Bevölkerung zu



informieren. Zapatero kontrolliert den Friedensprozess persönlich und zieht nur seinen Innenminister Pérez Rubalcaba (Foto) und die Vizepräsidentin Fernández de la Vega ins Vertrauen, um äußerste Diskretion zu gewährleisten.



In Gesprächen zwischen den baskischen Parteien einigten sich unterdessen der Generalsekretär der sozialistischen PSE-EE, Patxi López (Foto), und der Präsident der baskischen Regierungspartei PNV, Josu Jon Imaz, darauf, dass die Parteienrunde zur endgültigen Beilegung der Gewalt im Baskenland im Herbst zusammen treten soll. Bedingung dafür ist, dass alle beteiligten Parteien legal sind, was die Legalisierung von Batasuna bedeuten würde. Diese macht derzeit aber noch keinerlei Anstalten, mittels einer öffentlichen Verurteilung des ETA-Terrorismus den Weg zurück in die Legalität zu suchen. PNV-Chef Imaz erhofft sich von den Verhandlungen im Baskenland, dass Madrid „nichts verbieten“ und die Nationalisten Euskadis „nichts erzwingen“ würden.

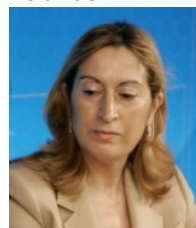
Die spanische Regierungspartei PSOE begrüßte die Gespräche zwischen den baskischen Parteien und versicherte, dass ein politisches Übereinkommen, das alle politischen Strömungen berücksichtige, auch vom spanischen Kongress respektiert werden würde. Dies hieße jedoch nicht, dass dieser auf seine Kompetenzen verzichten werde; die Souveränität des Parlaments könne nicht durch einen Parteitisch gebunden werden. Die Volkspartei pocht derweil weiter auf Klarheit und Transparenz im Verhandlungsprozess. Regierungschef Zapatero solle endlich vor dem Parlament erscheinen und erklären, welche Zugeständnisse die Regie-

rung der ETA machen wolle. Zuvor war bekannt geworden, dass das Innenministerium offenbar prüft, inwiefern ETA-Häftlingen Hafterleichterungen gewährt werden könne, sollte die ETA der Gewalt endgültig abschwören.

>> **Zuwanderung: Streit um neue Bevölkerungsstatistik**



Das spanische Institut für Statistik (INE) veröffentlichte in der vergangenen Woche die neusten Bevölkerungszahlen, nach denen 8,7 Prozent der Einwohner Spaniens Ausländer sind. An erster Stelle der Herkunftsländer stehen Marokko, Ecuador und Rumänien. Um das Zustandekommen der Zahlen brach eine heftige Debatte aus, da im Vergleich zum Vorjahr fast 500.000 Ausländer, die ihre Meldepflicht nicht erfüllt hatten, aus der Statistik herausfallen. Die PP warf deshalb der Regierung vor, Daten zu beschönigen. Laut dem Institut für Statistik befinden sich 695.409 Einwanderer ohne Papiere, so genannte „sin papeles“, in Spanien. Nach Berechnungen der PP halten sich jedoch 1.644.020 Ausländer illegal in Spanien auf, was den Misserfolg des letzten Legalisierungsverfahrens von 2005 zeige.



Die sozialpolitische Sprecherin der Volkspartei, Ana Pastor (Foto), erklärte, die Zahlen der PP seien schlicht

das Ergebnis des Abgleichs zwischen den Daten der Einwohnermeldeämter und des Arbeitsministeriums.

Die Präsidentin des INE, Carmen Alcaide, verteidigte dagegen die veröffentlichten Zahlen, da viele der Betroffenen nicht mehr im Lande seien oder nie gewesen seien. Über den Zahlenstreit hinaus kritisierte die PP, dass die zuständigen Minister weder am EU-Ministerrat in Brüssel teilgenommen hätten, der zur Einwanderung tagte, noch im Parlament Stellung beziehen würden. Dies zeuge von mangelndem Respekt gegenüber den Spaniern, die von dem Thema direkt betroffen seien, kritisierte Pastor.

>> **Zapateros Familienreise auf Staatskosten?**

Für Empörung sorgte eine kürzliche Reise des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero mit seiner Familie nach London, für das ein Flugzeug der spanischen Luftwaffe zur Verfügung gestellt wurde. Angeblich habe die Reise rein privaten Charakter gehabt. So sei die Familie einkaufen gegangen; auch Zapateros Schwiegermutter soll nach Zeitungsberichten mitgereist sein.

Die Volkspartei fordert vom Regierungschef nun die Aufklärung der



Vorfälle und die Rückerstattung der Kosten, sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten. PP-Sprecher Vicente Martínez Pujalte (Foto), der Mann der Volkspartei „fürs Grobe“ im Parlament, erklärte, Za-

patero gewöhne sich daran, wie ein Millionär zu leben und gebe ein schlechtes Beispiel für die Gesellschaft ab. Auch der PP-Abgeordnete Jorge Moragas kritisierte die Reise scharf. Mit einem solchen Verhalten mache Zapatero Spanien zu einer Bananenrepublik, betonte Moragas.

>> **KAS-Newsletter in der Sommerpause**

Mit dieser Ausgabe geht der *KAS-Newsletter* in die Sommerpause. Ab Montag, den 4. September 2006, sind wir wieder für Sie da, um wie gewohnt einmal pro Woche



über die wichtigsten politischen Ereignisse in Spanien und Portugal zu informieren. Das *KAS-Newsletter*-Team wünscht allen

Lesern bis dahin erholsame und sonnige Urlaubstage.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith / Lisa Breuer

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana